

**„Das ist das größte Verbrechen, das die Weltgeschichte kennt.“**

## **Neuburgs katholisches Milieu und die Revolution von 1918/19**

von Thomas Götz

*„Krumeich: [...] Wir sollten im Übrigen endlich damit anfangen, eine Geschichte Weimars zu denken, die nicht vom Nationalsozialismus her erzählt wird, wie es bisher fast durchgängig der Fall ist. Die Weimarer Republik erklärt sich aus dem Ersten Weltkrieg, nicht aus dem Zweiten.*

*Clark: Ja, das ist ganz wichtig. Die Geschichte der Weimarer Republik wird allgemein erzählt im Hinblick auf die Frage Wie konnte es zum NS-Regime kommen? Das ist ein Fehler.“ (Süddeutsche Zeitung Nr. 50, 1./2. März 2014, S. 7)*

Wenn sich Gerd Krumeich und Christopher Clark in der Deutungsperspektive derart einig sind, muss wohl etwas dran sein. Dabei exemplifizieren die beiden *frontmen* im medialen *hype* um die Deutungshoheit der wiederentfachten „Kriegsschuld“-Diskussion nur eine grundsätzliche wissenschaftstheoretische Einlassung des Nipperdey-Schülers Wolfgang Hardtwig: „Es macht, um die Denkmöglichkeiten, die Handlungsmotive und –horizonte zu verstehen mehr Sinn, eine Gegenwart als Nachgeschichte des Vorgestern zu lesen denn als Vorgeschichte des Späteren.“<sup>1</sup>

Dennoch, Weimar nicht von 1933, sondern von 1914-18/19 her zu beleuchten, dürfte nach wie vor denjenigen Bauchschmerzen bereiten, denen die Sonderwegsthese auch in der zusammengeschmolzenen *Light*-Variante immer noch als quasi-präempirische Orientierungsachse<sup>2</sup> des ach so unübersichtlichen, zumal im regionalen Detail dann großzügig zu vernachlässigenden Materials dient. Dabei sind es weniger die Historiker und Historikerinnen von heute als manche (Tages-)Publizisten von vorgestern, die in ihrem Weltbild aus den 1970ern immer schon wissen – und so gebetsmühlenartig wie erfolgreich ihrem Publikum wiederholen was nicht alles in der deutschen Geschichte vor dem 30. Januar 1933 schon auf eben dieses Datum hindeutet. Der zeit seines Lebens von den Gralshütern der „kritischen“ Geschichtswissenschaft als Neo-Historist und ‚Großväterverstehere‘ belächelte Thomas Nipperdey hat demgegenüber sein historiographisches Credo am Schluss seines Bandes über die „Deutsche Geschichte 1800-1866“ so allgemeingültig formuliert, dass es hier, auch als Leitmotiv einer Untersuchung zu den Anfängen der Weimarer Republik in der ‚Provinz‘, programmatisch vorangestellt sei: „[...] viele Entwicklungen waren möglich, und andere als die,

<sup>1</sup> Hardtwig, Volksgemeinschaft, S. 230.

<sup>2</sup> Vgl. Welskopp, Identität.

die wirklich eingetreten sind. Die Zukunft war belastet und umschattet, und sie war, wie immer, verhängt. Aber sie war offen.“<sup>3</sup>

Was im Allgemeinen plausibel erscheint, ist im speziellen Fall nicht leicht – nämlich vorab und zunächst einmal abzusehen vom ‚Ende der Geschichte‘: Das zu rund 85% katholische, politisch traditionell ‚schwarze‘ Neuburg gehörte zuletzt zu den kreisunmittelbaren Städten Bayerisch-Schwabens mit überdurchschnittlichem NSDAP-Zuspruch (Märzwahl 1933 46,8% in der Stadt Neuburg – und damit fast 14% vor der BVP –; sogar 56,1% betrug die Zustimmungsrate im Umland), und mit Martin Loibl, dem Herausgeber des „Neuburger Anzeigens“, wurde Neuburg seit 1924 im Reichstag von einem Abgeordneten repräsentiert, der – das ist lokal wenig geläufig – für den äußersten rechten und letztlich zweifellos durch und durch republikfeindlichen Flügel der Bayerischen Volkspartei stand. Loibl, Vorstandsmitglied des Kyffhäuserbundes, war 1925 maßgeblich dafür verantwortlich, dass die BVP bei der anstehenden Wahl des Reichspräsidenten für den zweiten Wahlgang den Protestanten Hindenburg als Gegenkandidaten zum Zentrumsmann Wilhelm Marx ins Spiel brachte und damit entscheidend zum Erfolg Hindenburgs beitrug.<sup>4</sup> Und vollends unbekannt ist in Neuburg und Umgebung, dass der Exponent des Rechtskatholizismus schlechthin, der Straßburger Universitätsprofessor Martin Spahn (er trat 1921 der DNVP, im Juni 1933 der NSDAP bei), „auf Anregung“ Loibls hin bei Kriegsende nach Neuburg übersiedelte<sup>5</sup>, bei Loibl für einige Monate zur Untermiete wohnte<sup>6</sup> und in seiner Wahlheimat Vorträge hielt.<sup>7</sup> Schon vor rund vierzig Jahren spekulierte eine ungedruckte und wenig beachtete Zulassungsarbeit über Loibls spätere Rolle für den Wahlsieg Hindenburgs 1925: „Es wäre verlockend, nun [...] eine Gedankenkette aufzubauen, welche die historischen Auswirkungen der Loibl’schen Initiative verfolgte, schließlich bei der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg landete, und daraus eine verhängnisvolle welthistorische Rolle Loibls als Schlußfolgerung ziehen würde.“<sup>8</sup> Gewiss, auch eine verlängerte Steigbügelhalterei-Kette, so schon der Verfasser damals, kann und muss mehrfach relativiert werden – doch die Kraft, die davon ausgeht, nicht wünschenswerte Entwicklungen retrospektiv vorzuverlängern, wirkt zu suggestiv, als dass man ihr nicht jenes oben erörterte methodologische ‚Halt!‘ entgegenrufen müsste. Die lokale

<sup>3</sup> Nipperdey, Geschichte, S. 803.

<sup>4</sup> Vgl. Hauss, Volkswahl, S. 12, 92ff., 103ff., 137; 152f.; Anhang Nr. 24 [S. 182]: Loibl als *der* Rechtsaußen in der BVP. Nicht hinreichend präzise zur politischen Verortung Loibls Seemann, Problemlagen, S. 40-42.

<sup>5</sup> Vgl. Clemens, Spahn, S. 63, dann S. 69-71, 73, 79, 86f., 89; ausführlich zur politischen Ideenwelt dieser Strömung Clemens, Rechtskatholizismus.

<sup>6</sup> Stadtarchiv Neuburg a.d. Donau, EW II 02a; demnach wohnte Spahn offiziell vom 15.11.1918 bis 16.4.1920 in Neuburg, A 49.

<sup>7</sup> Z.B. Neuburger Anzeiger, Nr. 297, 25.12.1919.

<sup>8</sup> Hlawon, Strömungen, S. 74.

BVP und ihr Umfeld, die Rolle Loibls und auch anderer politischer Kräfte unmittelbar nach Kriegsende<sup>9</sup> müssen aus dem „Erfahrungsraum“ und dem „Erwartungshorizont“ (Reinhart Koselleck)<sup>10</sup> von 1918/19 entwickelt, und nicht aus dem Handeln sechs Jahre später ‚erklärt‘ werden. Tim Müller hat erst letzthin – und zwar ausdrücklich im Blick auf die Entstehungsphase der Weimarer Republik – ähnlich argumentiert und gefragt, wie eine Erzählung aussehen könnte, „die auf der Rekonstruktion der damaligen Erwartungen aufbauend heutige Deutungsmuster revidiert“<sup>11</sup>.

Wie also (re)positionierte sich Neuburgs – im Kaiserreich erfolgreich verdichtetes – katholisches Milieu<sup>12</sup> nach dem verlorenen Krieg, unter den Erfahrungen von Revolution und Räterepublik und des Friedens von Versailles? Welchen Einfluss mithin hatte die Wucht der übergreifenden Zeitläufte auf die Neujustierung ideologischer Frontlinien und welches Gewicht kam den einzelnen Faktoren im Verlauf der Wochen und Monate zu? Was waren letztlich die entscheidenden, die Binnenkohärenz stärkenden Bedrohungen von außen?<sup>13</sup>

Probater Indikator vorherrschender Stimmungslagen ist hierbei – das haben die Studien Manfred Kittels zum protestantischen Mittelfranken paradigmatisch gezeigt<sup>14</sup> – die lokale Tageszeitung: in ihr und mit ihr versichert das Milieu seiner Identität; Geschriebenes und Gelesenes sind gleichsam als Flüssiges in kommunizierenden Röhren vorzustellen, in denen auf- und absteigend zugleich die Grenzen des milieuspezifisch Denkbaren vorgegeben sind.<sup>15</sup> Insofern ist auch das „Neuburger Anzeigblatt“ in seinen Meldungen (und Auslassungen), in seinen Kommentaren, Wahlkampfberichten und Anzeigen *die* milieuerschließende Quelle schlechthin; zudem lassen 1360 Abonnenten (Juli 1919) bei gut 9000 Einwohnern auf einen beachtlichen Leserkreis in Neuburgs Haushalten schließen.<sup>16</sup> Die Ausgaben der Zeitung erst einmal über Wochen Revue passieren zu lassen, um vorläufig mit den für die Republik so prekären Reichstagswahlen vom Juni 1920 zu schließen, um im Anschluss daran die Ver-

<sup>9</sup> Vgl. zum Folgenden auch den verlässlichen, aber kursorischen Überblick zum (politischen) bürgerlichen Vereins- und Parteiwesen in Neuburg von Günther, Katholisch.

<sup>10</sup> Koselleck, „Erfahrungsraum“.

<sup>11</sup> Müller, Krieg, S. 32.

<sup>12</sup> Detaillierte Vorstudien hierzu fehlen. Vgl. die Bemerkungen von Götz /Nadler/Prell/Zeitelhack, Stadtgeschichte, S. 119f. – Präzise und zusammenfassend zu der hier nicht zu vertiefenden Diskussion um das Milieu-Konzept und seinen Ertrag für die Gesellschaftsgeschichte des Deutschen Kaiserreichs: Frie, Kaiserreich, S. 94-108.

<sup>13</sup> Einen soliden Überblick über Neuburg in den 1920er Jahren bietet Seemann, Problemlagen.

<sup>14</sup> Kittel, Weimar (mit eigenen älteren Arbeiten).

<sup>15</sup> „Grundsätzlich sind publizistische Quellen in ihrer Aussagekraft für Politik- und Gesellschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert nicht hoch genug einzuschätzen. [...] besonders für die Parteien waren Zeitungen zugleich Kommunikationszentrum nach innen und politische ‚Hauptwaffe‘ nach außen“, so Kittel, Kulturkampf, S. 138f.

<sup>16</sup> Kursorisch zu Entstehung und Entwicklung des „Neuburger Anzeigblatts“ Direktor, Geschichte, S. 311f.

schiebung der milieustabilisierenden Feindbilder zu analysieren –, das ist das Vorgehen dieser Untersuchung.<sup>17</sup>

### **Nach dem Großen Krieg**

Keine 14 Tage nach der Revolution und ein gute Woche nach der Gründung der Bayerischen Volkspartei in Regensburg<sup>18</sup> brachte eine von Loibl geleitete Versammlung die BVP auch in Neuburg auf den Weg (Neuburger Anzeigeblatt, Nr. 270, 21.11.1918)<sup>19</sup> – nicht ohne den Hinweis, man möge die neue Partei nicht mit den in Bayern unter der Sigle *DVP* firmierenden Linksliberalen verwechseln. Es folgten klärende Worte zur sich bildenden deutschnational-protestantischen „Bayerischen Mittelpartei“ (NA, Nr. 271, 22.11.18)<sup>20</sup>, deren Wählerreservoir vor Ort einstweilen begrenzt erschien; das eingessessene Gewerbebürgertum war ohnedies von wenigen Ausnahmen abgesehen katholisch. Die schlagwortartig umrissenen Verhältnisse in Berlin – dort herrsche der „Bolschewismus“ (Nr. 277, 29.11.) – gaben Anfang Dezember die weitere Strategie der BVP in Neuburg vor: alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu sammeln, dabei die akute wirtschaftliche Not des kleinen Bürgertums aufzugreifen und hierfür, wenig verwunderlich, das für die nächsten Wahlen geltende Frauenwahlrecht vorbehaltlos zu begrüßen.

Angesichts des im Umland starken und in dieser Phase revolutionsaffinen Bayerischen Bauernbunds – darauf wird zurückzukommen sein – sah sich das „Anzeigeblatt“ am 8. Dezember 1918 offenbar zu einer Abrechnung mit dem „alte[n] Regime“ genötigt: Angesichts des „gewaltigsten Zusammenbruchs in der deutschen Geschichte“ sei man letztlich „belogen und betrogen“ worden; „die U-Boot-Politik war die verfehlteste des ganzen Krieges“, sie „ist am Zusammenbruch unseres Vaterlandes in erster Linie schuld, in zweiter die Militär- und die politische Diktatur Ludendorffs. Dem Volk war die verderbliche Leidenschaft des Strategen nicht bekannt. Erst als der Zusammenbruch vor der Türe stand, da wurde es allen klar: Wir sind hintergangen worden von Männern, die uns restlose Aufklärung schuldig gewesen wären. Mußten sie doch damit rechnen, daß die Frühjahrsoffensive fehlschlagen könnte [...]. [...] wie schwer hat sich dieser Optimismus, die Selbstüberhebung des preußischen Militarismus

<sup>17</sup> Vgl. zum Folgenden vorab den Überblick, den Barbara Zeitelhack in ihrem Kapitel „Von der ‚arg bedrängten‘ Stadt zum Mittelzentrum. Neuburg vom Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart (Götz/Nadler/Prell/Zeitelhack, Neuburger Stadtgeschichte), S. 121-134, präsentiert.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu zuletzt auch Wolfsteiner, Heim, S. 108ff.

<sup>19</sup> Vgl. auch Hlawon, Strömungen, S. 23ff., auch zur dürftig belegbaren Organisationsgeschichte.

<sup>20</sup> Zur am 24.11.1918 gegründeten Bayerischen Mittelpartei (BMP) und ihrem zuvorderst fränkischen, protestantisch-mittelständischen, national-konservativen bis völkischen Wählerklientel, vgl. Kiiskinen, Mittelpartei.

gerächt!“ Für die „während des ganzen Krieges geknebelt[e]“ freie Meinung<sup>21</sup> sei nicht die in einer Zwangslage steckende Presse schuldig zu sprechen – „verantwortlich allein ist das zusammengebrochene Regierungssystem.“ (NA, 8.12.18). Das „Anzeigblatt“ zeigte sich also durchaus – wenn auch nur kurzzeitig – betont kritisch gegenüber der Kriegspolitik des Kaiserreichs.<sup>22</sup> Es trug damit einer vorab bei den Kriegsheimkehrern im ländlichen Raum weit verbreiteten Stimmung Rechnung, die das Zurückweichen und die Auflösung an der Westfront miterlebt hatten und auch späterhin für eine Dolchstoßlegende nicht anfällig waren.<sup>23</sup> Die, die an der Front überlebt hatten, trauerten auch der Monarchie nicht nach, und für erlebte Not, für Hunger, Verletzung und Tod, für den weit verbreiteten Hass auf die Offiziere, bot fortan die Formel vom „preußischen Militarismus“ nicht nur eine Projektionsfläche, sie barg auch ein ambivalentes Politisierungspotenzial, mit dem Major a.D. Martin Loibl fortan zu rechnen hatte.

Dieser begrüßte Mitte Dezember als Festredner einer Versammlung aus städtischen Kollegien, aus Vereinen, Beamten und Offizieren Neuburgs Kriegsheimkehrer, die Soldaten „unseres Stammregiments [...], mit dem Neuburg eine fast 100jährige Geschichte verbindet“. Er gedachte der „gefallenen Helden“, versprach Sorge für die Hinterbliebenen und „verlieh der Größe der vergangenen Zeit, ihrer Begeisterung und Trauer, in prächtigen und kernigen Worten Ausdruck [...]“. Und er strafte die Ausführungen seiner eigenen Zeitung Lügen, indem er, kaum eine Woche später, nicht Ludendorffs „Vabanque“<sup>24</sup> als letzten Stein für die militärische Niederlage beim Namen nannte, sondern den Soldaten eine Legende mit auf den Weg in den Frieden mitgab: „Auf allen Kampfplätzen sei die Armee Sieger geblieben“ – nun, so hatte auch Friedrich Ebert in Berlin gesprochen. Hierauf aber führte Loibl laut Anzeigblatt weiter aus: „Nicht Schwert und Eisen hätte uns bezwungen, Not und Hunger, das von außen in die Volksmassen geträufelte Gift hätte unsere Kraft gebrochen. Stolz könne der Soldat sein Haupt erheben. Größere Erfolge seien nie von einem Heer errungen worden.“ (NA, Nr. 292, 17.12.1918) Damit bereitete Loibl jener frühen Variante der Dolchstoßlegende den Boden, der zufolge nicht ein heimtückisch geplanter Verrat, sondern oder minder fahrlässiges Versagen der Heimat für die nicht mehr zu schulternde Belastung an der Front verantwortlich gewesen sei.<sup>25</sup> Mit der die Nibelungensage evozierenden Gift-Metapher wurde 1918 nicht nur den Bildungsbürgern ein Resonanzraum aufgeschlossen, in dem eben nicht kühl Ursache und Wirkung eines historisch einmaligen Geschehen analysiert, sondern nur noch in der Weise ei-

<sup>21</sup> Vgl. Leonhard, BÜchse, S. 583-588.

<sup>22</sup> Vgl. dagegen Riedelsheimer, Räte, S. 52.

<sup>23</sup> Vgl. Ziemann, Front, S. 371ff.

<sup>24</sup> Münkler, Krieg, S. 705.

<sup>25</sup> Vgl. Krumeich, Dolchstoß-Legende, S. 591.

nes quasi-allgemeingültigen Fatums erzählt und verarbeitet werden kann. Im Modus des Mythos geschieht die Verdrängung des konkret zu Begreifenden<sup>26</sup> – die geradezu schizophren zu nennende Diskrepanz zwischen dem Kommentar im „Anzeigebblatt“ und der kurz darauf gehaltenen Loibl-Rede zeigen es. Und in der Tat schloss Loibl mit Worten, hier zitiert ihn seine Zeitung wörtlich, die erahnen lassen, dass ein Sich-Einfinden in die Realität der Niederlage angesichts des totalen Zusammenbruchs seine Sinngebungsressourcen übersteigt: „Euer Blut kann nicht vergebens geflossen sein. Wenn auch Deutschland jetzt in seiner tiefsten Erniedrigung dasteht, wir glauben und hoffen, daß aus der Saat des Blutes der Gefallenen eine bessere Zukunft erstehen wird.“ (NA, Nr. 292, 17.12.1918).

### **Vor den Wahlen: Auf dem Weg in den weltanschaulichen Bürgerkrieg**

Der Schock der Kriegsniederlage – sie kam wie „ein Blitz aus heiterem Himmel“ (NA, 8.12.) – wurde aber durch eine weitere Entwicklung überlagert und in den Hintergrund gedrängt, die das katholische Milieu existenziell zu bedrohen schien. Von Anfang an hatte das Anzeigebblatt die Regierung Eisner vehement abgelehnt, sich dabei aber weniger die große Politik – etwa Eisners Veröffentlichungen zur Kriegsschuldfrage, die Spannungen mit Berlin, die Forderung nach dem Rücktritt Scheidemanns und anderer Sozialdemokraten bezogen –, als auf die personalisierende Polemik gegen den ‚Landfremden‘ und die angebliche Misswirtschaft.<sup>27</sup> Unter der Überschrift „Weihnachten!“ sah das Neuburger Anzeigebblatt nur „das Dunkel einer trüben Zeit“: „Mit Entsetzen betrachten wir die Lage, in der sich unter Vaterland befindet. Düster ist die Gegenwart, noch düsterer der Ausblick auf die Zukunft. Von der stolzen Höhe überschäumender Begeisterung und überschwänglicher Hoffnungen im August 1914 sind wir herabgestürzt zur tiefsten Tiefe der Erniedrigung und Enttäuschung. [...] Nur das Eine wissen wir, daß wir nach außen hin unseren Feinden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, daß wir im Innern vor ungeheuren, unberechenbaren Umwälzungen stehen, *die auch auf kirchlich-religiösem Gebiete von stärkster Rückwirkung sein werden.*“ (NA, Nr. 299, 25.12.18; Hervorh. d. Verf.) Was damit gemeint war, malte die Zeitung unmittelbar im Anschluss an die Wand: „Der Gewissenszwang der sozialdemokratischen Volksschule“, die Trennung von Staat und Schule. „Anstelle des Religionsunterrichts wird ein Moralunterricht eingeführt, der wahrscheinlich die Taten der Revolution zu verherrlichen hat.“ Die Konsequenz für die anstehenden Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung lagen für das Anzeigebblatt auf der Hand: „Da heißt es für die Eltern und alle, welche unsere Jugend nicht gottlos heranwachsen sehen wollen, am 12. Januar mit dem Stimmzettel in der Hand nach dem Rechten sehen.“

<sup>26</sup> Anregend hierzu Schivelbusch, Kultur.

<sup>27</sup> Vgl. Riedelsheimer, Räte, S. 54f.

*Davon* ausgehend verstärkten sich in den folgenden Tagen die milieurelevanten Spannungslinien: In einer Versammlung in Unterstall kurz vor Weihnachten betonte Loibl, „daß der Streit sich nicht um Monarchie oder Republik drehe“, das sei später in einer „Volksabstimmung“ zu entscheiden. „Die entscheidende Frage sei Einkehr geordneter Verhältnisse“, und was hier neben dem Schutz des Privateigentums im Zentrum stand, machte auf der Unterstaller Versammlung das Schlusswort des „Hochw. Herrn Schulinspektors und Pfarrers Böck von Wagenhofen“ deutlich: „Jeder, der mit offenen Augen durch die Welt geht müsse sehen, wohin die Dinge in religiöser Hinsicht treiben. Da sei es geradezu Pflicht der Geistlichen aufmerksam zu machen, daß die heiligsten Rechte des Volkes in Gefahr seien. Die Ansprache hinterließ tiefen Eindruck“ (NA, Nr. 299, 25.12.1918). Dass auf dieser Versammlung „ein stark links stehender Liberaler“ den Bauern „zur Gründung eines Bauernbundes“ riet, zumal ja die Deutsche Volkspartei in Bayern „eine Vertretung des Großkapitalismus“ sei, musste in der BVP die Alarmglocken läuten lassen. In der Tat hatte am 22.12. in Sinning „im Freiherrlich Weveldschen Gasthause“ eine Versammlung „zur Gründung eines Bezirksbauernbundes“ stattgefunden, was auch anderswo nachgeahmt wurde. Alarmiert kommentierte das „Anzeigebblatt“: „In diesen Erscheinungen scheint eine gewisse Methode zu liegen. Diese ist, die Einigkeit unter den Bauern zu zerstören und sie damit zu schwächen und zu entrechten.“ Die Nerven lagen zunehmend blank und ließen auf einer gemeinsamen Versammlung von Liberalen, Sozialdemokraten und Bauernbündlern unter dem Vorsitz des Barons von Weveld am 25.12. im Neuburger Rennbahnsaal die Situation eskalieren<sup>28</sup>: Laut Anzeigebblatt erhob sich nach einer Kontroverse zwischen Loibl und Weveld ein „unbeschreiblicher Tumult“ mit gewalttätigen Übergriffen, u.a. gegen Loibls Sohn. Offenbar war vielen Gegnern der BVP die Macht des „Anzeigebblatts“ ein Dorn im Auge – das seinerseits den Schriftführer des Arbeiterrats des Gewaltaufrufs gegen die Druckerei beschuldigte. Rasch war das Anzeigebblatt mit dem Vorwurf „Terror“ bei der Hand, von dem sich der Arbeiterrat distanzieren sollte: „Ist er [der Neuburger Arbeiter- und Soldatenrat] bereit den Bolschewismus und Spartakismus im Keim zu ersticken?“ – wenige Zeilen darunter berichtete das Loibl-Blatt: „Anarchie in Berlin“ (NA, Nr. 300, 28.12.1918).<sup>29</sup> Die in Neuburgs katholischem Milieu betriebene Identifikation auch der lokalen Sozialdemokratie mit den breit ausgemalten Greuelthaten der russischen Bolschewisten und den Berliner Spartakisten verhinderte bereits frühzeitig und grundsätzlich einen republikanischen Basiskonsens; dass dabei der Neuburger Arbeiterrat und seine Aufgabe diskreditiert wurde, mutet aus heutiger Sicht besonders „kurios“ an, „da dem Gremium seit Dezember 1918 Beamte und Vertreter des Bürgerrats angehörten und die Arbeiterschaft in der

<sup>28</sup> Vgl. Riedelsheimer, Räte, S. 69.

<sup>29</sup> Detailliert zum Hintergrund Riedelsheimer, Räte, S. 68-71.

Minderheit war.“<sup>30</sup> Ab dem Jahreswechsel 1918/19 berichtete das Neuburger Anzeigebblatt jedenfalls nicht mehr über die Aktivitäten der politischen Gegner der BVP.<sup>31</sup>

Was die Sozialdemokratie im Kern zum weltanschaulichen Erzfeind stempelte, formulierte man eine Woche vor den Wahlen so unmissverständlich wie polarisierend: „Mit ihrer christl. Grundanschauung steht die bayer. Volkspartei in unvereinbarem Gegensatz zur Sozialdemokratie.“ Religion sei keine Privatsache, sondern Ausgangspunkt aller Politik – „Christus aber hat gesprochen: ‚Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich.‘“ (NA, Nr. 3, 4.1.1919).<sup>32</sup> Zudem drohten Enteignung und Ruin des Bauernstandes, die Gemäßigten schwiegen zu den „Radikalistern Mühsam, Sontheimer, Dr. Lewien, Liebknecht“ und Eisner sehe die Arbeiter- und Soldatenräte als „Pflanzschulen [...] zur Erziehung der Männer, die einmal berufen sein werden, an der Vergesellschaftung der Produktionsmittel mitzuarbeiten.“ „Kein Bauer und Bürger“ könne sozialdemokratisch wählen, „aber auch nicht bauernbündlerisch: Denn der Bauernbund ist die Schleppe der Sozialdemokratie.“ (NA, Nr. 6, 9.1.1919). Unmittelbar vor den Wahlen, unter dem Aufmacher „Bürgerkrieg in Berlin“ kam das Anzeigebblatt noch einmal auf die perhorreszierte „Trennung von Staat und Kirche“ zurück. Hintergrund war die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht in Bayern durch die Regierung Eisner am 17.12.1918; Preußen hatte am 27. November den Religionsunterricht als Pflicht- und Prüfungsamt beseitigt – Erinnerungen an Kulturkampfzeiten wurden wach.<sup>33</sup> Für das Anzeigebblatt stellte diese Politik der Revolutionsregierungen „ein großes Unrecht, eine himmelschreiende Ungerechtigkeit“ dar. Nicht die Kirche, der Staat und die „Aktiengesellschaften, ja der Arbeiter- und Soldatenrat besitze oder verbrauche große Vermögen; „warum spricht man nur vom Vermögen der ‚Toten Hand‘, der Kirche, der Klöster? Warum nicht von den Riesenvermögen der Juden? Der Rothschild, der Bleichröder u.s.w.? Ja, Bauer, das ist eben etwas anderes! Es sind eben die Juden, die an der Spitze des ‚freien Volksstaates Bayern‘ stehen! [...] Christliches Volk! Schau dir deine Leute an!“ (NA, Nr. 7, 10.1.1919). Nicht der verlorene Krieg, seine moralischen, politischen und materiellen Folgen – Loibls dolchstoßkontaminierten Einlassungen im späten November traten in den folgenden Wochen ganz in den Hintergrund –, auch nicht die prekärungsicheren materiellen Verhältnisse oder die von der BVP darob bedienten Ängste des Mittelstands standen für Neuburgs politischen Katholizismus also im Januar 1919 an erster Stelle – sondern die Folgen der Revolution auf das seit dem Kulturkampf prekär austarierte Verhältnis von säkularem Staat und den Geltungsansprüchen der Re-

<sup>30</sup> So lapidar Barbara Zeitelhack; Götz/Nadler/Prell/Zeitelhack, Neuburger Stadtgeschichte, S. 123.

<sup>31</sup> Riedelsheimer, Räte, S. 68.

<sup>32</sup> Vgl. Riedelsheimer, Räte, S. 60f.

<sup>33</sup> Vgl. Greipl, Ende, S. 334f.



ligion: Insofern hat Winfried Becker recht, wenn er unlängst bilanzierte, dass als die „maßgebende[n] Faktoren für die Ausprägung katholischer Milieus“ ein als katholikenfeindlich eingeschätzter Staat samt seiner parteipolitischen Unterstützer (vorab Liberale und Sozialisten) gelten können.<sup>34</sup> Diese Spannungslinie überdauerte Kriegsniederlage und Sturz der Monarchie – und beides trat für Neuburgs Katholiken 1918/19 ebenso in den Hintergrund wie die Frage der zukünftige Staatsform. Die Option für den Parlamentarismus hatte dabei eher funktionale, weil gegen das Rätssystem (und den „Bolschewismus“) gerichtete Gründe<sup>35</sup>; *deshalb* war die BVP zu diesem Zeitpunkt „Verfassungspartei“.<sup>36</sup>

Obwohl es Loibl aufgrund des Wahlkreischnittes nicht gelang, ein Mandat für den Landtag zu erobern, konnte die BVP in Neuburg mit den Ergebnissen der Wahlen zum Landtag und zur Nationalversammlung außerordentlich zufrieden sein. In letzterer obsiegten sie mit triumphalen 47,7% (Stadt Neuburg) bzw. 48,4% (Land) und lag damit deutlich über dem gesamt-bayerischen (ohne die Pfalz: 34,6%) bzw. schwäbischen (39,5%) Ergebnis. Bemerkenswert ist die generell deutlich höhere Beteiligung an den Landtagswahlen (87,1%) – der bayerische Orientierungshorizont erschien manchem offenbar näher und relevanter als der gesamtdeutsche –; für Neuburg-Stadt betrug die Differenz rund 15 Prozentpunkte. Hier erreichte die SPD immerhin 30,5% - auf dem Land hingegen nur knapp 10 Prozent.<sup>37</sup> Dies wiederum korrespondierte mit dem spektakulären und noch eingehend zu erörternden Erfolg des Bayerischen Bauernbunds (41,1% Neuburg-Land; Schwaben: 22,4%; Bayern: 10,4%), der in den kommenden Monaten zum eigentlichen, in der Tat gefährlichsten Widersacher der Volkspartei avancieren sollte. Aufschlussreich ist an dieser Stelle auch ein vergleichender Blick auf das evangelische Franken: Hier wie dort blieben die Milieus unmittelbar nach dem Krieg zwar intakt; während aber der Bankrott des alten Regimes die nationalprotestantische Mentalität in Franken „stark irritiert“ hatte, die bayerische Kirchenpolitik noch nicht entsprechende Widerstände hervorrief und auf dem Land erheblich die Sozialdemokraten profitierten<sup>38</sup>, wirkte im Neuburger Umland der Bauernbund als Auffangbecken jener Unzufriedenen, die insbesondere unter der fortbestehenden Zwangswirtschaft litten. In der Stadt konnte sich die BVP wohl deswegen so stark durchsetzen, weil neben der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein schwacher, von der protestantischen Minderheit getragener Linksliberalismus (Landtagswahl: 12,7% ) keine politische Alternative darstellte für einen kleinen, katholisch sozialisierten Ge-

<sup>34</sup> Becker, Katholisches Milieu, S. 51.

<sup>35</sup> Vgl. Riedelsheimer, Räte, S. 61f.

<sup>36</sup> Vgl. Becker, Sonderweg, S. 41.

<sup>37</sup> Vgl. Riedelsheimer, Räte, S. 72f. (hier auch die Ergebnisse der Landtagswahlen); Günther, Katholisch, S. 81.

<sup>38</sup> Kittel, „Weimar“, S. 46-48, Zitat S. 46.

werbetreibenden, dessen Horizont (staats-)bayerisch-föderal und jetzt wieder akut antibourgeoisisch figuriert war<sup>39</sup> – und der damit trotz Verlust des (bayerischen) Monarchen ungleich stabiler bleiben konnte als der eines national-liberalen oder nationalkonservativen Kleinstädters in Mittelfranken (dem ja nach dem – protestantischen – deutschen Kaiser auch noch der ‚summus episcopus‘ geraubt worden war). Für den kirchentreuen, milieuverhafteten Katholiken in Neuburg und Umgebung gab es dagegen rechts von der BVP gar keine Alternative; Stabilität und Erfolg der Volkspartei lag nämlich in ihrer, parteiensoziologisch gesprochen: ‚catch-all‘-Potenz beim bürgerlichen, etwas weniger beim bäuerlichen Mittelstand in Neuburg und Umgebung – was aber immer noch bemerkenswert erscheint angesichts der in den Berichten der Regierungspräsidenten überlieferten akuten Interessendivergenzen zwischen Stadt und Land, Produzenten und Konsumenten.<sup>40</sup> Die kulturpolitische Spannungslinie verschmolz mit der partikular-antizentralstaatlichen, und beide überwölbten, ja neutralisierten bis zu einem gewissen Maß verfassungspolitisch-ideelle, selbst materielle Konflikte. Auch deshalb ist es erklärlich, dass unter dem Dach der BVP hinfort neben vernunftrepublikanischen auch dezidiert antidemokratisch-republikfeindliche Bewohner – gerade und vor allem aus markant föderalistischen Antiunitarismus heraus! – ihre Zimmer bewohnten, ohne dass die Fundamente des Partei-Hauses untergraben wurden. Peripherie versus Zentrum *und* konfessionelle versus säkularstaatliche Loyalität – genau diese Kombination unterschied nun insbesondere den altbayerisch grundierten politischen Katholizismus an der Donau vom (süd-)westdeutschen, beispielsweise dem badischen: In Ettlingen waren zwar nach dem Krieg und während der Rätezeit ebenfalls die katholisch-sozialdemokratischen Aversionen neu aufgebrochen, allerdings fanden sich in Ettlingens Zentrumspartei ein linker, ein Gewerkschaftsflügel in der Gemeindepolitik zum pragmatischen Zusammenwirken mit der SPD bereit. Hier war die ‚Verreichlichung‘ vor 1914 deutlich weiter fortgeschritten, und nach 1919 gab es für Anti-Berlin- oder gar Anti-Erzberger-Ressentiments keinen Platz.<sup>41</sup>

### **Im verlängerten Ausnahmezustand**

Allenthalben herrschte in diesen Wochen ein „Ausnahmezustandsdenken“ (Martin H. Geyer)<sup>42</sup>, das den Nachkrieg als eine Verlängerung totaler, nicht zuletzt: mentaler Mobilmachung begriff. Die alliierte Lebensmittelblockade dauerte ebenso fort wie die lokale Versorgungskri-

<sup>39</sup> Vgl. NA Nr. 24, 30.1. 1919: „Bayern, laßt nicht an unserer Selbständigkeit rütteln!“; Der „Berliner Herrschsuchtsgeist“ – gemeint war der unitarische Verfassungsentwurf des Linksliberalen Hugo Preuß – ziele auf „Knebelung“ der Einzelstaaten; offensichtlich ist das Ressentiment gegen die Reichshauptstadt: „das schnoddrig-laute, brutale Berlinertum“.

<sup>40</sup> Vgl. Berichte Regierungspräsidenten 1918/19, z.B. S. 73, 82, 92 (Dezember 1918).

<sup>41</sup> Vgl. Rauh-Kühne, Milieu, S. 53-66.

<sup>42</sup> Geyer, Grenzüberschreitungen, S. 357.

se<sup>43</sup>, während erste Gerüchte das „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ (Ernst Troeltsch) zerstörten; Notwehr und Selbsthilfe schienen angesichts Hunger, Autoritätszerfall und latenter Bürgerkriegssituation als das einzig gültige Gebot der Stunde.<sup>44</sup> Der Aufstieg und die Niederlage der Räterepublik(en) schweißte Neuburgs politischen Katholizismus weiter zusammen; und die Furcht vor dem jetzt in München regierenden „Bolschewismus“ verschärfte langfristig auch den Kampf gegen die lokale Mehrheitssozialdemokratie und deren eigentlich gemäßigte Haltung. Bei den ersten demokratischen Gemeindewahlen im Juni machte die BVP Wahlkampf mit dem Hinweis auf die nunmehr eingetretene Parteipolitisierung von Kreis- und Gemeinderat: Die Wahlen „werden auch darüber entscheiden, ob die rote und radikale Flut uns verschlingen soll oder nicht.“ (NA, Nr. 29, 6.6.1919, Beilage). Nicht zuletzt wegen der akuten Streits um die Trennung von Kirche und Schule – diese Thematik drängte in der Berichterstattung die französische Besatzungsherrschaft in der Pfalz in den Hintergrund – richtete sich das Anzeigenblatt ausdrücklich an die jetzt erstmals im Lokalen wahlberechtigten Frauen, gehe es doch jetzt auch hier und mit ihren Stimmen „um die letzte Rettung des christlichen Staates.“ (NA, Nr. 136, 15.6.1919)

Zusammen mit den fortdauernden Belastungen der Zwangsbewirtschaftung war es dieser Kampf um die Behauptung christlicher Ordnung *in Bayern*, die im Anzeigenblatt auch quantitativ die Auseinandersetzung mit den sich abzeichnenden „unerhörten Friedensbedingungen“ (NA, Nr. 107, 10.5.1919) des Versailler Vertrags in den Hintergrund drängte. Martialisch auftrumpfende Überschriften – „Proteste gegen den Vergewaltigungsfrieden“ (NA, Nr. 111, 15.5.1919) – folgten keine entsprechenden Erörterungen, sondern regional Bedrängendes, so wie in diesem Fall Ausführungen des „Bauerndoktors“ Georg Heim über die angeblichen „Pfuscher“ in Sachen Landwirtschaft in den Reihen von Sozialdemokratie und Bauernbund. Gastbeiträge, die gegen die Idee des Völkerbunds, dabei gegen „Haß“ und „Rachegefühl“ der Franzosen und den „Geschäftsneid“ der Engländer wetterten, blieben die Ausnahme, so wie die obligatorische Bezeichnung „Judaskuß“ für Wilsons Vierzehn Punkte (NA, Nr. 118, 23.5.1919). Zu Pfingsten verschwand die Aufregung über den Versailler Vertrag – das „Massengrab des deutschen Volkes“ – hinter den eindringlich gezeichneten „Schönheiten dieser Kirchenfeste“ und dem knapp gehaltenen Hinweis auf die Brüchigkeit einer „Weltordnung“ aus „feindliche[r] Gewalt“ (NA, Nr. 131, 8.6.1919). Unter der Überschrift „Ultimatum der Entente“ (NA, Nr. 139, 19.6.1919) ging es dann ausführlich um das „Fronleichnamsfest“ – „ein Bekenntnisfest, eine Kundgebung katholischen Glaubens und katholischer Überzeugungstreue“. Den Versailler Vertrag anzunehmen erschien dem Anzeigenblatt schließlich

<sup>43</sup> Vgl. Seemann, Problemlagen, S. 29f.

<sup>44</sup> Vgl. Geyer, Grenzüberschreitungen, S.357-364.

als Gebot der „Wirklichkeitspolitik“, trotz der „nationalen Schmach“ und dem „wirtschaftlichen Joche“ (NA, Nr. 144, 26.6.1919).

Von großen Anti-Versailles-Kundgebungen wie im protestantischen Mittelfranken ist in Neuburg und Umgebung nichts bekannt. Sekundiert von den meisten evangelischen Pfarrern, schossen sich dort bereits im Vorfeld der Kommunalwahlen im Juni insbesondere die Bauern auf die „dreifache Internationale‘ aus Sozialdemokratie, Zentrum und jüdisch-linksliberaler Geldherrschaft“ ein.<sup>45</sup> Hier, in der Herzkammer des zutiefst verletzten Nationalprotestantismus, hatte die Kirchenpolitik und dann die Räterepublik vorab schon zu einer „gleichsam antibolschewistischen Volksgemeinschaft“ von der MSP bis zur BMP geführt<sup>46</sup>, worauf der als identitätsgefährdend empfundene „Diktat“- und „Schmach“-Friede in verhängnisvoller Weise jede weitere Auseinandersetzung mit dem alten System, der Kriegführung und der deutschen Verantwortung für den Kriegsausbruch endgültig erstickte.<sup>47</sup> Im „Nationalismus der Niederlage“ konstitutierte sich ein ‚Versailles-Komplex‘, der fortan den „politisch-mentalenen Bezugshorizont“ der politischen Landschaft im evangelischen Franken bildete<sup>48</sup>, mithin den (verlorenen) Krieg und seinen Revision erheischenden Sinn fortwährend evident hielt.

Anders war die Lage im tief katholischen, bayerisch-wittelsbachisch ‚tickenden‘ Neuburg (wo z.B. zum Todestag der Königin Marie Therese nostalgisch grundierte „Bayern-treue“ beschworen wurde<sup>49</sup>). Wie schon Benjamin Ziemann den bescheidenen Forschungsstand resümierte, bildeten Krieg und Kriegsniederlage in katholischen Milieus zunächst keinen – und sei es negativen – zentralen Referenzpunkt regionaler Partei- und Identitätsverhältnisse.<sup>50</sup> In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 verschwand >Versailles< dann tatsächlich nahezu vollständig aus dem Gesichtsfeld des Anzeigeblattes. Dass der (Ex-)Kaiser gemäß Vertragsbestimmungen auszuliefern sei, wurde am 9. Juli lapidar vermerkt – die Aufmerksamkeit des sogleich folgenden Textes konzentrierte sich aber dann auf Bayerns (mehrheits-) sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann und dessen „Gleichsetzung der simultanen Schulen mit religionslosen Schulen“, und zwar unter dem Verdikt: „Wenn heute sozialistische Atheisten die christliche Religion aus der Schule ausweisen wollen, so haben sie keinen Rechtsgrund für sich, als den der Gewalt“ (NA, Nr. 155, 9.7.1919). Den Basso continuo bildete in den folgenden Wochen mithin der von katholischen Eltern- und Lehrervereinigung-

<sup>45</sup> Kittel, „Weimar“, S. 56.

<sup>46</sup> Vgl. Kittel, „Weimar“, S. 50-54, Zitat S. 52.

<sup>47</sup> Vgl. Herbert, Geschichte, S. 193.

<sup>48</sup> Kittel, „Weimar“, S. 84.

<sup>49</sup> Vgl. NA, Nr. 29., 5.2.1920; das Anzeigeblatt zitiert aus der Rede des Subpriors von St. Bonifaz in München.

<sup>50</sup> Vgl. Ziemann, Erinnerung, S. 258.

gen geführte Kampf um den Religionsunterricht, hierbei gehe es um nichts weniger, wie Hauptlehrer Hägele im Anzeigebblatt zitiert wurde, als darum, „die christliche Weltanschauung vor dem Untergang zu retten.“ (NA, Nr. 256, 6.11.1919) Über diese Basslinie legten sich zwei miteinander verschränkte Stimmen: die Abrechnung mit der Räterepublik und der Revolution insgesamt und die Furcht vor dem „Verlust unserer Selbständigkeit“ (NA, Nr. 296, 24.12.1919)<sup>51</sup>, die offenbar auch die lokalen Volksparteiler dem Reichszentrum und insbesondere der unitarisch konzipierten Reichsfinanzreform Matthias Erzbergers anlasteten.<sup>52</sup> Nachdem am 9. Januar 1920 die BVP die Zusammenarbeit mit der Deutschen Zentrumsparlei aufgekündigt hatte, dokumentierte das Neuburger Anzeigebblatt in aller Ausführlichkeit auch das Zerwürfnis zwischen Heim und Erzberger im Reichstag – einschließlich der kolportierten Separationspläne (vgl. NA, Nr. 20, 25.1.1920). Dass allein dieses Gerede den Graben zwischen alt- und ‚neu‘-bayerischen Gebieten neu aufriss und im evangelischen Franken nach dem „Sieg über Luther“ die „Angst vor einer katholischen Gegenreformation“ schürte und vielfach ostentative Bekenntnisse der ‚Reichstreue‘ nach sich zog, nimmt nicht wunder.<sup>53</sup> In Neuburg hoffte man dagegen darauf, dass dem (katholischen) Deutsch-Österreich ein „Anschluß an das stammesverwandte Bayern“ gelingen könnte (vgl. NA, Nr. 260, 11.11.1919); eine Sammlung zur „Hilfe für Deutsch-Österreich“ in Neuburg brachte im Winter 1920 ein „erfreuliche[s] Ergebnis“ (NA, Nr. 8, 11.1.1920).

Trotz des fehlenden rabiaten Deutsch-Nationalismus gab es konfessionsübergreifend beträchtliche Schnittmengen bei der Abrechnung der Provinz mit der Revolution und deren Folgen. Die Polemik gegen die „fetten jüdischen Kriegsgewinnler“ mündete im Anzeigebblatt fallweise auch in grobschlächtigen Antisemitismus: Während nun „der Mob“ Adel und Kirche bedrohe, „tanzt Juda, gleichgültig ob Kapitalist oder Bolschewist, ungestört, fröhlich und guter Dinge den Reigen um das goldene Kalb.“ (NA, Nr. 160, 15.7.1919). Und als im katholischen Gesellenhaus – „auf Veranlassung des katholischen Frauenbundes“ – ein Franziskanerpater bei seiner Erlebnis-Reportage über das bolschewistische Russland von Szenen berichtete, „die aufs tiefste erschütterten“, erklärte er seinen Zuhörern, dass Lenin zwar kein Jude sei „aber die meisten seiner Mitrevolutionäre sind israelitischer Abstammung“. Außerdem sei der Bolschewismus von russischen jüdischen Philosophen vorbereitet worden – wobei seine Bilanz der bolschewistischen Herrschaft bedrohlicher nicht lauten konnte: „Es gibt nur Massenmord und Massenelend.“ (NA, Nr. 23, 28.1.1920, Nr. 25, 30.1.1920)

<sup>51</sup> Vgl. schon NA, Nr. 162, 17.7. und Nr. 165, 26.7.1919, „Am Grabe der Selbständigkeit Bayerns“.

<sup>52</sup> Vgl. Hürten, *Revolution*, S. 467f.

<sup>53</sup> Vgl. Kittel, „Weimar“, S. 75f., alle Zitate ebd. Widerhall im NA, Nr. 2, 3.1.1920.

Inwieweit antisemitische Feindbilder vor Ort milieukonstitutive Bedeutung zukam, ist aber auf dieser Quellengrundlage allein nicht zu beantworten.<sup>54</sup> Geht man nach entsprechenden Einlassungen des Anzeigeblatts, muss man einerseits zurückhaltend sein, denn rein quantitativ sind sie nicht mehr als ein Randphänomen – während die ‚graue Eminenz‘ der Bayerischen Volkspartei, der ‚begnadete‘ Populist Georg Heim, nicht nur Kurt Eisner massiv antisemitisch attackierte und persönlich eine „sehr bedenkliche Rassenideologie“ (Kurt Wolfsteiner) pflegte.<sup>55</sup> Früh registrierte man in Neuburg jedenfalls die ersten Erfolge eines von der Straße kommenden Radau-Antisemitismus, nicht ohne Furcht vor einer unkontrollierbaren Verselbständigung eines so bislang nicht gekannten Phänomens. Diese in München aktive „Bewegung“ erfasse „alle Kreise“, selbst die Arbeiter; vor der Feldherrnhalle „machten sich Mitglieder der neugegründeten national-sozialistischen Arbeiterpartei bemerkbar.“ Hierbei seien „allerlei Maßlosigkeiten und Ungereimtheiten unterlaufen“ – eine Wortwahl, die einerseits Schnittmengen nicht auszuschließen scheint, zumal es der Veranstaltung nicht zuletzt einer „geordneten autoritativen Führung mangelte“. Aber gerade darin liege, so das Anzeigeblatt, „eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf. Vor allem muß gegen das zügellose Treiben unreifer Jungens mit aller Entschiedenheit Stellung genommen werden.“ Die Zentrumspar- tei habe sich immer dafür stark gemacht, daß „dem *gläubigen* Judentum“ (Hervorhebung T.G.) seine religiöse Entfaltung gesichert werden müsse. Andererseits: „Jedermann wird damit einverstanden sein, daß dem Zuzug des Ostjudentums nach Bayern energisch gesteuert wird, haben wir doch mit diesem Gesindel im ersten Revolutionsjahr die schrecklichsten Erfahrungen gemacht.“ (NA, Nr. 62, 14.3.1920).

Nicht zum letzten Mal sollten sich Parteigrundsätze und situative Radikalisierung in die Quere kommen. Und es war vorab gewiss das Trauma der Revolution, das offenbar den mentalen Ausnahmezustand auf Dauer stellte und Martin Loibls Anzeigeblatt bei jeder Gelegenheit einen neuerlich drohenden Umsturz an die Wand malen ließ – so wenn die angeblich bald bevorstehende Einigung von MSP, Unabhängigen und KPD neben einen Aufruf der russischen Bolschewiki und dieser neben einer Verlautbarung Levinés aus der Zeit der Münchner Räterepublik abgedruckt wurde, wonach dieser den Tod von Säuglingen aus bürgerlichem Hause für ein Gedeihen der Revolution billigte (vgl. NA, Nr. 207, 9.9.1919). Unter der Überschrift „Der Plan zum neuen Umsturz“ wollte man außerdem in den Maßnahmen der Räterepublik die Geiselmorde im bolschewistischen Russland als Vorbild erkennen (vgl. NA, Nr.

<sup>54</sup> Hier nicht zu vertiefen ist vor nicht allzu langer Zeit heftige geführte Debatte um den katholischen Antisemitismus ausgehend von den Arbeiten Olaf Blaschkes, vgl. das Zwischenresümee bei Blaschke/Altermatt, „Katholizismus und Antisemitismus“.

<sup>55</sup> Zu Heims Antisemitismus zuletzt Wolfsteiner, Heim, S. 116f.

219, 23.9.1919). Zur öffentlichkeitswirksamen Generalabrechnung mit dem perhorreszierten Erbe der Revolution geriet die „Aufklärungsversammlung“, die die lokale BVP am 5. Oktober 1919 im katholischen Gesellenhaus unter der Leitung des Ortsvorsitzenden Franz Hoffmann abhielt, der sich seit dem späten Kaiserreich als Architekt und Fabrikbesitzer einen Namen als dynamischer Unternehmer gemacht hatte.<sup>56</sup> Hoffmann verstand sich als „christlich-sozialer Arbeitgeber“, der „für die Sammlung aller wohlgesinnten Arbeitnehmer“ eintrete und für den die Bayerische Volkspartei „ein Ruhepunkt in dieser stürmischen Zeit“ sei. Es war dann die Landtagsabgeordnete und den Arbeiterflügel repräsentierende – das „Frl.“ – Aloysia Eberle<sup>57</sup>, das den Zuhörern in Neuburg den grundstürzenden Charakter und ihre düstere Deutung der Revolution vor Augen führte: „Sie hat das, was wir noch festhielten, völlig zerstört.“ Nun kamen „fremde Schädlinge“, die „uns Bayern beherrschten. Nun ist es das jüdische Kapital, das uns beherrscht.“ Jetzt fungiere die Arbeiterschaft als Mittel und Zweck, „um dem schieberischen Judentum Vorspanndienste zu leisten. („Das Gold ist die Zukunft Israels“).“ Parallel hierzu vollziehe sich das Ende der Selbstständigkeit Bayerns: „Bayern ist eine Provinz des großen Deutschland geworden und wird es immer mehr. Daran ist auch die Revolution mitschuldig.“ (NA, Nr. 232, 8.10.1919). In das gleiche Horn stieß der örtliche Parteisekretär Haberstock, für den feststand, dass Bayern nun „eine preußische Provinz wird.“ Er habe der Monarchie – nota bene: der Wittelsbacher – seinen Treueid geschworen, und „so etwas vergisst sich nicht so leicht“ (NA, Nr. 234, 10.10.1919). Man wird davon ausgehen können, dass in der ehemaligen Residenz- und Noch-Garnisonsstadt Neuburg das Gros der Volksparteiler – bayerische – Herzensmonarchisten und zuallerletzt (gesamtdeutsch denkende) Vernunftrepublikaner stellten (so wie ja auch Heim und Schlittenbauer „der Weimarer Republik innerlich distanziert gegenüberstanden und auf die Wiedereinführung der Monarchie hofften.“<sup>58</sup>) Nun, eingangs hatte Haberstock noch die „unbarmherzigen grausamen Friedensbedingungen“ und die verpasste päpstliche Friedensinitiative beklagt, dann den kaum fassbaren Verlust an Gütern und Menschen. Schließlich aber kam er auf den Punkt: Gerade als „das deutsche Heer zum größten Teil erledigt war“ (worüber man die Öffentlichkeit im Unklaren gelassen habe – nach „Dolchstoß“ hört sich das nicht an), „hat der deutsche radikale Sozialismus Revolution gemacht, Revolution gemacht zu Parteizwecken. *Das ist das größte Verbrechen, das die Weltgeschichte kennt.* Man hat einen neuen Krieg gemacht. Die 4 Jahre Krieg waren nicht genug.“ (NA, Nr. 233, 9.10.1919; im Orig. gesperrt). In die-

<sup>56</sup> Zu Hoffmann vgl. Günther, Katholisch, S. 80; Seemann, Problemlagen, S. 25 und 29.

<sup>57</sup> Vgl. auch NA, Nr. 5, 8.1.1920, demnach hatte die unverheiratete Aloysia Eberle jahrelang als Weberin in einer Spinnerei in Kempten gearbeitet; vgl. Sack, Landtags- und Reichstagsabgeordneten, S. 10, 12, 19f.

<sup>58</sup> Bergmann, Bauernbund, S. 137.

sen Auslassungen steckt die Essenz der Erfahrung einer Revolution, die, nicht zuletzt indem sie „die Kirchen geschändet“, noch den Weltkrieg als destruktiver Kraft überboten hat: „Der Feind im Innern war noch schlimmer als der draußen.“

**„Feindliche Geschwister [...] werden sich nie vertragen.“ Der Bayerische Bauernbund vor Ort – eine vergessene radikal-liberale Alternative**

Mit den „drei sozialistischen Parteien“ [sic!] (NA, Nr. 207, 9.9.1919)<sup>59</sup> weltanschaulich pauschal und gezielt undifferenziert fertig zu werden, kostete das Anzeigebblatt wenig Kraft. Der eigentliche Stachel im Fleisch des politischen Katholizismus war von Anfang an und dann über Wochen und Monate der Bayerische Bauernbund, dessen linker Flügel die Revolution mitgetragen hatte und dessen in den zwanziger Jahren noch aktiver Exponent Karl Gandorfer zu *der* Reizfigur nicht nur des Neuburger Anzeigebblatts avancierte. Wer Gandorfer erwähnte, assoziierte „Unheil“, „radikale Bauernschaft“, „Anhängsel der Linkssozialisten“ (vgl. NA, Nr. 281, 5.12.1919) – und perhorreszierte vorab eine schmerzhaft parteipolitische Konkurrenz, die im Januar 1919 rund 40% der Wählerstimmen im Neuburger Umland errungen hatte und den Christlichen Bauernvereinen, so dachte man nicht zu Unrecht, ‚eigenes‘ Klientel abspensig gemacht hatte.

Entstehung und Entwicklung des Bauernbunds in Neuburg und Umgebung haben bislang weder ideen- noch sozialgeschichtlich auch nur ansatzweise Beachtung gefunden. Das ist insofern nicht verwunderlich, als Einschätzung und Bewertung des politisch nicht leichthändig einzuordnenden Bayerischen Bauernbunds in der Forschung zuletzt wieder in die Diskussion geraten sind. Unzweifelhaft standen an der Wiege der Parteigründung 1895 in Regensburg die Paten der Agrarkrise, mithin eine mittel- und kleinbäuerlich motivierte zollprotektionistische Haltung, der den etatistisch-kompromissbereiten Kurs des Zentrums (und seiner ländlichen Basis der Christlichen Bauernvereine) im Reichstag ebenso wenig zu unterstützen bereit war wie die 1893 formierte Opposition des großagrarisches-preußischen, ‚junkerlichen‘ „Bundes der Landwirte“ (BdL). Was die Bauernbündler ab ovo einte, war nicht nur der betonte Rekurs auf die bayerische Eigenstaatlichkeit, sondern auch – und hier schieden sich die Geister von denen der christlichen Bauernvereine – die Forderung nach einer Verstaatlichung des Schulwesens, der Abschaffung der (konservativen) Ersten Kammer des Bayerischen Landtags und einer demokratischen Wahlrechtsreform. Von einer „betont föderalistischen, demokratischen und antiklerikalen Tendenz vor allem der altbayerischen Bauernbündler“ hatte Dieter Albrecht schon vor Jahren zusammenfassend gesprochen und dabei hervor-

<sup>59</sup> „Im Ziele sind sich alle Sozialdemokraten [!] einig. Sie fußen auf dem marxistischen kommunistischen Programm, das die Herrschaft des Proletariats über Stadt und Land erstrebt“, NA, Nr. 282, 6.12.1919.



gehoben, dass interne Differenzen, zumal zwischen radikalen Niederbayern und gemäßigteren Franken und Schwaben, den Bauernbund mehr zu einer lediglich uneinheitlichen „Arbeitsgemeinschaft landschaftlicher Bünde“ werden ließen, die, durch fortwährende innere Auseinandersetzungen, Austritte und Abspaltungen geschwächt, lediglich ex negativo zusammengehalten wurde.<sup>60</sup> Und nicht zuletzt die Tatsache, dass es bei den Reichs- und Landtagswahlen 1912 zu einem Block aus Bauernbund, Liberalen, Sozialdemokraten – gegen das Zentrum – gekommen war, ließ schon bei manchen Zeitgenossen die Einschätzung entstehen, dass der Bauernbund nicht nur eine Opposition gegen das politische System (des Deutschen Kaiserreichs) sei, sondern darüber hinaus gleichsam die „Sozialdemokratie des flachen Landes“ (Hannsörg Bergmann) verkörpere.<sup>61</sup>

Insbesondere hinsichtlich der ideenpolitischen Wurzeln sei hier Vorsicht geboten, wird man nun in Kenntnis der neueren Studien Oded Heilbronners zum (katholischen) Liberalismus in Süd(-west)-Deutschland einwenden. Die Differenziertheit bzw. Disparatheit kleinräumiger politischer Landschaften erfordert jedenfalls ein behutsames Graben nach entsprechenden Wurzeln. In Bayerisch-Schwaben übernahm der Bayerische Bauernbund im späten 19. Jahrhundert vorübergehend die dominante Rolle der Liberalen, bündelte demokratische, liberale, konservative, fallweise auch nationalistisch-antisemitische Motive; „jedenfalls richteten sich die meisten Aktivitäten [...] gegen die Obrigkeit, gegen die Staatsvertreter und gegen die katholische Kirche.“ Und Heilbronner fügt hinzu: „Insofern erinnern sie stark an die Radikal-Liberalen der 1860er und 1870er Jahre.“<sup>62</sup> Als dann nach 1900 ein zweiter Kulturkampf gerade in Gebieten katholisch-protestantischer Mischbevölkerung konfessionelle Spannungen (wieder) zunahmen, profitierte von dieser neuerlichen Polarisierung ein antiklerikal konturierter Radikal-Liberalismus, vielfach getragen von (Volksschul-)Lehrern, gerichtet vorab gegen das ‚Establishment‘, die Bürokraten, die ‚Pfaffen‘ und die ‚Großkopferten‘.<sup>63</sup>

Der ehemalige Neuburger Wahlkreis, am Rand und an der Schnittstelle unterschiedlicher Vorprägungen (evangelisch-reformierte, vielfach quasi-proletarische Bevölkerung im Donaumoos!<sup>64</sup>) gelegen, verdiente wahlanalytisch eine mikroskopisch-tiefenscharfe Betrachtung. Da dies hier nicht zu leisten ist, geht es im folgenden lediglich um eine ideengeschichtliche Skizze auf der Basis weniger Voruntersuchungen<sup>65</sup> und vor allem der seit 1. März 1919

<sup>60</sup> Vgl. Albrecht, Reichsgründung, S. 351-353, Zitate S. 352. Vgl. auch zusammenfassend Braun, Bauernbund, hier v.a. S. 1-3.

<sup>61</sup> Bergmann, Bauernbund, S. 19.

<sup>62</sup> Heilbronner, Anti-Milieu, hier S. 95; der Beitrag dokumentiert auch die zahlreichen Vorstudien Heilbronners.

<sup>63</sup> Vgl. Heilbronner, Anti-Milieu, S. 103f., 108. Vgl. Hetzer, Bauernräte, S. 23f.

<sup>64</sup> Vgl. Seemann, Problemlagen, S. 27f.

<sup>65</sup> Zentral: Hetzer, Bauernräte.

erscheinenden „Freien Neuburger Zeitung“ (hier: NFZ), die nur knapp 16 Monate herauskam und nur für das erste Halbjahr 1920 überliefert ist (die Stadtverwaltung Neuburg kümmerte sich damals offenbar nicht um eine Dokumentation).<sup>66</sup> Produziert wurde die NFZ übrigens von der Buchdruckerei Johann Prechter, wo bezeichnenderweise schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Konkurrenzblatt zur katholischen Milieupresse gewagt worden war. Im Juli 1919 hatten die NFZ allein im Stadtgebiet 500 Leser abonniert – das war immerhin rund zwei Fünftel der städtischen Leserschaft des „Anzeigebblatts“. Vor allem aber südlich und westlich von Neuburg wirkte die NFZ mit ihren Lokalablegern weit in die Bauernschaft hinein. Dass schon ein am 1.12.1918 in Unterhausen gegründete Bezirksbauernrat rasch und erfolgreich der Konkurrenz des Christlichen Bauernvereins Paroli geboten hatte, spricht für entsprechendes Selbstbewusstsein ebenso wie der BB-Stimmenanteil von 41,1% am 12.1.1919, womit das Bezirksamt Neuburg a.d. Donau zu den bisherigen Hochburgen der Partei in Bayerisch-Schwaben um Nördlingen, Kempten, Krumbach oder Günzburg aufschloss.<sup>67</sup> Die uneinheitliche Reaktion der Bezirksbauernräte auf die Ermordung Eisners und Räterepublik sowie die unterschiedlich weitgehend sozialpolitischen Forderungen der lokalen Bauernräte (im Ries gingen sie bis zur Enteignung des Großgrundbesitzes) müssen hier ebenso übergangen werden wie eine quellengestützte Schärfung des sozialen Profils nichtbäuerlicher Trägerschichten vor Ort. Belegbar ist in der Tat die Affinität von Bauernbund und Volksschullehrer-Interessen anhand entsprechender Einlassungen der NFZ (z.B. Nr. 53, 4.3.1920); der lokale BB-Kandidat Max Häckl aus Stengelheim (vgl. NFZ, Nr. 126, 2.6.1920) war neben Land- auch Gastwirt und somit ein typischer Vertreter jenes zwischen Stadt und Land angesiedelten „Zwischenmilieus“, dessen Horizont tendenziell liberalismusaffine Konturen aufwies.<sup>68</sup> Im Vorfeld der Reichstagswahlen geriet er wegen angeblicher Parteinarbeit für die Räterepublik ebenso ins Visier des Anzeigebblatts wie der Schriftleiter der NFZ, Peter Oexler.<sup>69</sup>

Die Bewertung von Kriegsende und Revolution schied Bauernbündler und Volksparteiler grundsätzlich und nicht selten nachhaltig voneinander. Das galt schon für die gemäßigten „Bündler“ (bzw. deren gleichnamige Zeitung): „Selbst Georg Eisenberger hatte sich den Rest eines Traumes von einer einfach gegliederten Republik freier Bauern bewahrt“, so Gerhard Hetzer.<sup>70</sup> Der untergegangenen Monarchie trauerte die NFZ jedenfalls im Reich wie in Bayern keine Minute hinterher (vgl. z.B. NFZ, Nr. 9, 13.1.; Nr. 18, 23.1.1920), im Gegen-

<sup>66</sup> Vgl. Direktor, Geschichte, S. 312-314, auch zum Folgenden. Die hier benutzten Nummern sind in der Bayerischen Staatsbibliothek München überliefert.

<sup>67</sup> Vgl. Hetzer, Bauernräte, S. 30-32.

<sup>68</sup> Vgl. Haas, Posthalter,

<sup>69</sup> Vgl. Hetzer, Bauernräte, S. 39; hier ist auch der Schriftleiter der NFZ Peter Oexler erwähnt, der vom Anzeigebblatt wiederholt scharf angegangen wurde, vgl. NA, Nr. 119, 23.5.1920.

<sup>70</sup> Hetzer, Bauernräte, S. 43.

teil: Restaurationsbestrebungen erteilte das Blatt wiederholt eine kämpferische Absage (vgl. z.B. Nr. 106, 17.5.1920). Während die BVP zusammen mit den Deutschnationalen die Wiedererrichtung der Monarchie betreibe, verstehe sich der Bauernbund als „ein Hort der Republik“ (NFZ, Nr. 127, 3.6.1920)<sup>71</sup> – dazu unten mehr.

Dennoch schienen die Chancen für eine Einigung der Christlichen Bauernvereine und des Bauernbunds zum Jahreswechsel 1919/20 nicht schlecht zu stehen. Zuallererst einte die meisten Bauern ökonomisch die Ablehnung aller behördlichen Zwänge; dass die Landwirte „in einem sehr großen Teil des Bezirks Neuburg a.d. Donau“ der Erhebung und Bestandsaufnahme für Brotgetreide im Frühjahr 1920 „mit passivem Widerstand begegneten“, wie der Augsburger Regierungspräsident nach München meldete<sup>72</sup>, war offenbar kein Einzelfall; Misstrauen und Hass gruben in diesen Monaten weiter tiefe Gräben zwischen Land und Stadt. Der gemeinsame Nenner schien größer zu werden: Die NFZ meinte im August 1919, man wolle wirtschaftliche, nicht weltanschauliche Fragen in den Vordergrund stellen (Nr. 136, 13.8.1919 – die einzig überlieferte Nummer aus diesem Jahr), und Georg Heim wie Sebastian Schlittenbauer konnten davon ausgehen, dass die Angst um den Besitz und vor dem „Bolschewismus“ nicht nur die Anhänger der Bauernvereine umtreibe. Schließlich konnte die BVP anders auftreten als der politische Katholizismus während der Monarchie. Der lange dominierende konservative Flügel aus Adeligen, hohen Beamten und hoher Geistlichkeit hatte nach der Revolution gänzlich seine Bedeutung verloren, und vor allem Heim versuchte nun zudem, den Arbeiterflügel in der Volkspartei zugunsten der Bauern kleinzuhalten.<sup>73</sup> Anders als Schlittenbauer stand Heim allerdings einer Aufteilung großer Güter zugunsten kleiner Bauern reserviert gegenüber.<sup>74</sup> Gewiss, auch die lokale BVP hatte auch auf ihr städtisches Klientel zu achten und gerade Martin Loibl musste sich vorab für die notleidende Stadtbevölkerung stark machen.<sup>75</sup> Doch ging gerade in – und vor allem um – Neuburg der Bauernverein „mit Erfolg eigene Wege“.<sup>76</sup> Und ab 1921 saß Johann Merkl, Landwirt in Bittenbrunn, für die BVP im Landtag und vertrat jetzt auch dort, anders als der bürgerliche Rechtskatholik Loibl, pragmatisch handfeste bäuerliche Interessen.<sup>77</sup>

Dass nun eine mögliche, vor allem von Heim betriebene Einigung dann Anfang 1920 scheiterte, lag auch nicht an fehlenden gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, sondern

<sup>71</sup> Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 140, wonach das Bekenntnis des BB zur Republik bis 1932 „ohne Einschränkung“ bestehen blieb.

<sup>72</sup> Bericht des Regierungspräsidenten von Bayerisch-Schwaben vom 8.4.1920, hier S. 75.

<sup>73</sup> Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 47, 120-122.

<sup>74</sup> Vgl. Wolfsteiner, Heim, S. 113.

<sup>75</sup> Vgl. Seemann, Problemlagen, S. 30.

<sup>76</sup> Hetzer, Bauernräte, S. 43.

<sup>77</sup> Knapp zu Merkl: Seemann, Problemlagen, S. 27 und 43.

letztlich an markanten Differenzen im Grundsätzlichen. Die deutschen Parteien waren seit dem frühen 19. Jahrhundert und auch darüber hinaus zuvorderst Weltanschauungsgemeinschaften, denen es um die Beantwortung ‚letzter Fragen‘ ging<sup>78</sup> – das gilt auch und gerade für den Bayerischen Bauernbund in seinem Abgrenzungskampf gegenüber den Christlichen Bauernvereinen bzw. der BVP. Weit mehr als nur die „Opposition zu den vorrevolutionären Eliten der bayerischen Gesellschaft“ (H. Bergmann)<sup>79</sup> trennte den Bauernbündler von seinem kirchentreuen Standesgenossen die zum Habitus verfestigte Geste des „freien Mannes“ (NFZ, Nr. 130, 8.6.1920), dem jede, insbesondere klerikale Bevormundung zuwider ist: Der Bauernverein, so die NFZ, sei ein „Rosenstöckerl“ in einem „Pfarrgarten“, an dem der Pfarrer von Zeit zu Zeit herumschneide – der Bauernbund dagegen ein „Wildling“, gefährdet, „aber [...] frei.“ Ein guter Christ sei auch der Bauernbündler, aber er sage dem Pfarrer offen seine Meinung (vgl. NFZ, Nr. 15, 20.1.1920). Die Demokratie gefährde die Religion doch nicht (vgl. Nr. 115, 19.5.) – was die BVP-Presse in diesen Wochen polemisch umtrieb, wurde hier gleich akzeptiert, ja begrüßt. Zwischen den „Marionetten“ in den Bauernvereinen und ihnen bestehe jedenfalls ein „himmelweiter Unterschied“ trotz und gerade wegen der Nähe: „Feindliche Geschwister“ seien sie, „und sie werden sich nie vertragen. Im Bauernbund lebt *freiheitliche, fortschrittliche, revolutionäre Kraft*, der Geist der Volkspartei ist konservativ, reaktionär.“ (NFZ, Nr. 7, 10.1.1920, Hervorhebung T.G.)

Diese Selbstbeschreibung entspricht weit eher dem von Oded Heilbronner freigelegten und fallweise ‚populistisch‘ agierenden ‚Radikal‘-Liberalismus mit gleichsam ‚basisdemokratischen‘ Zügen als der Formel von der „Sozialdemokratie des flachen Landes“ – schon deshalb weil der Klein- und mittelbäuerliche Besitzindividualismus (vgl. NFZ, Nr. 126, 2.6.; Stichwort „Haus und Hof“) Enteignung, Kollektivierung und Verstaatlichung mit denkbar größter Reserve begegnete<sup>80</sup> und stattdessen emphatisch auf (früh-)liberale Konzepte rekurrierte: „Mittelstand“, „Selbständigkeit“, „Auskommen“, „bürgerliche Nahrung“ waren die Wahlkampf Schlagworte im Mai 1920<sup>81</sup>, als der Bauernbund – diesbezüglich ganz konsequent – auf einen „*einigen Mittelstand*“ setzte (NFZ, Nr. 103, 4.5.1920, kursiv im Orig.), „Handwerker und Gewerbetreibende“ (so schon Nr. 1, 1.1.1920) gewinnen wollte und damit (letztlich vergeblich) am Brückenschlag ins städtische Bürgertum bastelte. „Wahre Partei der Mitte“ (Nr. 104, 5.5.1920; vgl. auch Nr. 123, 29.5.1920) wolle man sein – und deshalb auch mit

<sup>78</sup> Nipperdey, Grundprobleme.

<sup>79</sup> Bergmann, Bauernbund, S. 154, 91 (Gegensatz zum Adel).

<sup>80</sup> Vgl. dazu Heilbronner, Anti-Milieu, S. 111.

<sup>81</sup> Das müsste man im historischen Längsschnitt regional vertiefen; vgl. perspektivenreich: Nolte, Bürgerideal.

der deutschnationalen „Bayerischen Mittelpartei“, die sich als Partei des (reaktionären) städtischen Mittelstands inszeniere, nichts zu tun haben.

Das wurzelhaft mittelständische Gesellschaftsmodell hatte zwei Stoßrichtungen, die gerade in ihrer Widersprüchlichkeit begriffen werden müssen. Zum einen: Aufgeschlossen für die Arbeiter und deren Interessen, plädierend für „Versöhnung“ der Klassen, die Milderung des Gegensatzes von Arm und Reich (vgl. Nr. 80, 7.4.; Nr. 124, 30.5.) sowie die zukünftige Emanzipation der „Frauen im demokratischen Staat“ (vgl. Nr. 112, 15.5.), hatten die Kämpfer für das „ganze Volk“ (Nr. 113, 16.5.), für „Volksfreiheit, Volkswohl und Volksrecht“ (ebd.)<sup>82</sup> klar ihre Feinde ausgemacht: nach wie vor der (geschwächte) Adel und Großgrundbesitz (eine „Gefahr für das deutsche Volk“, Nr. 24, 30.1.), die „Berliner Großmäuler“ (Nr. 93, 22.4.), das „Untertanen-Hirn“, aber auch „Geldprotzen, Juden und Schieberpack“ (Nr. 113, 16.5.). Es war ein mittelständischer, demokratisch-partizipatorisch grundierter Antikapitalismus (der eben *nicht* die kleinen und mittleren Betreibe meinte)<sup>83</sup>, politisch gerichtet gegen „Großkapital“ und „Junkerkaste“ (vgl. Nr. 66, 19.3), gerichtet auch gegen die in der BVP versammelte „Gesellschaft von bayerischen Junkern, Großgrundbesitzern, Großkapitalisten“ (Nr. 27, 3.2.), der über die Formel vom „international versippten Großkapital“ (Nr. 121, 27.5.) nicht notwendiger-, fallweise aber doch bei einem rüden Antisemitismus landete, der den der BVP in der Wortwahl mitunter noch übertraf: Berlin, „Neu-Babylon“ war dabei der Anti-Topos schlechthin – „im Fox-Trott, Tango schwingen sie die krummen Judenbeine“; Nr. 64, 17.3.) Während im ersten Jahresviertel 1920, zumal im Januar zum Teil heftige Ausfälle zu vermerken sind (der Zugang von „Ostjuden“, für „neuzuwandernde Schmarotzer“, müsse gestopft werden, Nr. 11, 15.1.; vgl. auch Nr. 1, 1.1.: „Judenmoral“; Nr. 4, 6.1.: „Die Judenfrage“; Nr. 6, 9.1.: Gedicht „Leder-Juden“ in persifliert-verunglimpfenden Jiddisch; auch Nr. 33, 10.2.), ging der Antisemitismus in den folgenden Wochen rasch und fast ganz zurück (zumindest aus der veröffentlichten Meinung).

Jedenfalls funktionierten die anderen Feindbilder auch ohne diese Grundierung weiter – *konstitutiv* für das Weltbild der Bündler war der Antisemitismus nicht. Politische Gegner, ja Feinde gab es auch sonst genug: „Freimaurer“, „Gottesleugner“, „Militaristen“, „Berliner Preußentum“, die Sozialdemokratie als Klassenpartei mit Diktaturanspruch, die Demokratische Partei („Schutztruppe des (jüdischen) Großkapitals, Nachwächter der Geldsäcke“),

<sup>82</sup> Ebd. verfiht man ferner den „Wiederaufbau des völkischen Gemeinschaftslebens im Geiste sozialer Gerechtigkeit und Versöhnung“ – wobei die Terminologie mitnichten pränationalsozialistisch zu deuten ist, sondern belegt, dass „Gemeinschaft“ und „Volksstaat“ zu Beginn der Weimarer Republik miteinander kompatible Begriffe im Mittel-Links-Spektrum darstellten, vgl. ausführlich hierzu Hardtwig, Volksgemeinschaft.

<sup>83</sup> Eingehender hierzu Bergmann, Bauernbund, S. 92f.

deutschnationale Monarchisten. Am ehesten wolle der Bauernbund – und das ist wiederum bezeichnend insbesondere für das Akzidentielle des populistisch-radikalliberalen Bauernbund-Antisemitismus – mit der DDP kooperieren (vgl. Nr. 142, 24.6.; vgl. auch Nr. 116, 20.5.) Deren demokratischen Nationalismus (wofür etwa ein Theodor Heuss stand) hielten auch die Bauernbündler hoch: Die bayerische „Heimat“ (vgl. Nr. 113, 16.5.) war dabei zwar selbstverständlicher Referenzpunkt, wie der Kampf gegen „preußische Bevormundung“ (Nr. 19, 24.1.) – eine Trennung vom Reich, wie von manchem Volksparteiler offenbar favorisiert, war aber kein Thema; das sei in Nordbayern und Schwaben ohnehin nicht zu vermitteln (ebd.). Auch innerbayerisch forderte der BB in liberal-demokratischem Geist generell Dezentralisierung, Entbürokratisierung und lokale Selbstverwaltung.<sup>84</sup> Dem innerdeutschen Föderalismus des Bauernbunds fehlte zudem der konfessionelle Oberton der politischen Konkurrenz; wenn man fallweise gegen Preußen wettete, so wolle man doch „deutsch denken und fühlen“ (Nr. 113, 16.5.) und die Republik „mit anderen deutschen Brüdern“ verteidigen gegen die reaktionären „Alldrutschen“ (Nr. 93, 22.4.). Dabei gehöre die BVP in München zu jenen Kräften, „die den Rechtsextremen eine moralische Stärkung zuführen“, konstatierte die FNZ schon im Frühsommer 1920 (FNZ, Nr. 12, 10.6. 1920).

Zumindest für die akute Krisenphase der noch jungen Weimarer Republik gilt: Die Bauernbündler gehörten in Neuburg und Umgebung zu eben jenen Republikanern *sans phrase*, die dieser Staat so bitter nötig hatte. Und sie wussten, in welcher Tradition sie standen: nämlich der von 1789 und 1848 (womit sie sicherlich eher auf dem linken Flügel des Bauernbunds agierten).<sup>85</sup> Während die Bayerische Volkspartei nicht nur die Revolution von 1918/19, sondern auch die vorangegangenen verteufelte und als Abfall von göttlicher Ordnung verwarf, rekurrierte die FNZ auf den Ballhauschwur der französischen Revolution (Nr. 80, 7.4.) und auf die Volkssouveränität (Nr. 101, 1.5.). Den Restaurationsbestrebungen der Monarchisten empfahl der BB zuvorderst mit der Maxime entgegenzutreten: „Die republikanische Staatsform muß echter demokratischer Geist beleben.“ (Nr. 113, 16.5.). Was man damit meinte, formulierte ein anderes Blatt der linken, „Landauer“ Richtung im Bauernbund paradigmatisch, die dem undogmatischen, weil radikaldemokratischen Rätegedanken nahestand: „Weder die Alleinherrschaft kapitalistischer Interessengruppen, wie sie in Amerika oder England mächtig ist, noch die Diktatur einer Volksklasse über die andere“ wolle man – sondern den

<sup>84</sup> Vgl. Bergmann, Bauernbund, S.124.

<sup>85</sup> Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 130; die NFZ war offenbar eng mit dem Rainer Anzeigenblatt verbunden (s. Zitat ebd., Anm. 442), das den linken Flügel repräsentierte. Zu den beiden Flügeln vgl. auch ebd., S. 124 u.ö.

„Ausbau einer reinen, von sozialem Geiste beherrschten Demokratie, deren Form deutschem Wesen eigentümlich ist“.<sup>86</sup>

**„Wählt rechts“ – „Laß dich nicht nach rechts locken“:**

### **BVP und BB zwischen Kapp-Putsch und erster Reichstagswahl (Juni 1920)**

Nach der gescheiterten Bauern-Einigung brachte das Frühjahr 1920 ausreichend Gelegenheit, die Feindschaft zwischen katholischem Milieu und radikal-liberalem „Anti-Milieu“ (Odet Heilbronner) weiter zu vertiefen. Nicht nur in der Frage (der Entwaffnung) der Wehrverbände vertraten BB und BVP unterschiedliche Auffassungen: den einen ging es, rein defensiv, um legitimen bäuerlichen Besitzschutz vor Ort – wobei man die Entwicklung der Orgesch mit viel Misstrauen beobachtete –, während Heim und Schlittenbauer mit den Einwohnerwehren durchaus staatspolitisch und durchaus gegenrevolutionär die Kräfteverhältnisse zugunsten konservativer bäuerlich-mittelständischer Schichten verschieben wollten.<sup>87</sup>

Wie weit beide letztendlich auseinander standen, offenbarte für beide Seiten überdeutlich der Kapp-Putsch. Über „das erste Programm der neuen Regierung“, die „Kundgebung des neuen Reichskanzlers Kapp“ berichtete das Anzeigebblatt ohne jede sichtbare Reserve (NA, Nr. 64, 17.3.1920), nach dessen erzwungenen Rücktritt hieß es lapidar, „daß weder eine Militärdiktatur noch ein Generalstreik notwendig sind“ (Nr. 66, 19.3.) – schon gar nicht in Bayern. Acht Tage später befand man, der „Kapp’sche Streich, der einen verwerflichen Verfassungsbruch darstellt“, sei eine „erledigte Angelegenheit. Wir haben keine Zeit dafür und dagegen zu reden in den Stunden, wo der Bolschewismus zum entscheidenden Schlag gegen das deutsche Volk ausholen will“ (Nr. 73, 27.3.) und meinte damit den Kampf der „Roten Armee“ im Ruhrgebiet. Während das Anzeigebblatt schnell den neu-alten und eigentlichen Feind ausmachte, nahm die NFZ (Nr. 65, 16.3.) klar gegen die Putschisten Stellung: eine „Versündigung an der Nation“ sei das Unterfangen, Kapp ein „ostpreußische[r] [sic] Desparado-Politiker“, aber: „Das deutsche Volk wird sich die Errungenschaften der Religion nicht entreißen lassen“ (Nr. 65, 18.3.) Beim Putsch handle es sich um einen „Exzeß des Militarismus“ – womit ein geläufiger Topos in den folgenden Wochen noch einmal merkliche Aufwertung erfuhr: Von hier, vom Militarismus, drohe die Diktatur, der man aber den „Willen des Volkes“ entgegensetze (vgl. Nr. 67, 20.3.), jeder „denkende Demokrat“ werde das bekämpfen, wofür Ludendorff und das „preußische Säbelregiment“ stehe (Nr. 90, 18.4.) In diesem Zusammenhang verwarf man die Dolchstoßlegende ebenso unmissverständlich wie die Offiziersherrschaft im vergangenen Weltkrieg (Nr. 91, 20.4.; ohnehin sei der Krieg militärisch verloren worden, vgl. Nr. 119,

<sup>86</sup> Zit. nach Bergmann, Bauernbund, S. 141.

<sup>87</sup> Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 118.f

23.5.); ebenso schließlich die verbreiteten Verzeichnungen in der Kriegsschulddebatte: Auch wenn England und Frankreich einen größeren Anteil hätten, sei es „ein großer Irrtum“ zu meinen, Deutschland sei ein „unschuldiges Lämmlein“ gewesen (das wusste man schon vorher; s. Nr. 30, 6.2.). Die den Rechtsparteien nahestehende OHL habe den alternativlosen Waffenstillstand zu verantworten – und nicht das demokratische Parteienspektrum (Nr. 122, 28.5.). Und trotz des sich gerade abzeichnenden Versailler Friedens verlor man bei der „Neuburger Freien Zeitung“ nicht den Sinn für zeitgeschichtliche Zusammenhänge: Jetzt lasse Frankreich Deutschland ausbluten, vorher aber haben die „Kriegstreiber“, haben die Alldeutschen den Vorwand gegeben, einen möglichen Verständigungsfrieden zurückzuweisen; den „wahnsinnigen U-Boot-Krieg“ wagte man beim Namen zu nennen, ebenso das „Märchen von der Erdolchung der Front“ (Nr. 129, 6.6.; vgl. auch Nr. 91, 20.4.). Das von (Ex-)Major Loibl geleitete Anzeigebblatt versteifte sich dagegen auf den „schandvollste[n] Paragraph[en] des Versailler Vertrags“, die verlangte Auslieferung von sog. Kriegsverbrechern; zur „schmählichen Versklavung“ komme die moralische Diffamierung, welche eine „Bande von Hunnen und Barbaren, von Brandstiftern, Wüstlingen, Dieben, Räubern und Mördern das deutsche Volk sei“ (NA 29.2.1920, Beil.). Die Übergriffe von schwarzen Soldaten über den Krieg hinaus geißelten NA (Nr. 51, 2.3.) wie NFZ (Nr. 131, 9.6.) gleichermaßen – damit aber waren die Gemeinsamkeiten diesbezüglich erschöpft. Die in der NFZ geäußerte Klage, dass nun Arbeitgeber wie Arbeitnehmer „Fronknechte der Entente“ seien (Nr. 135, 13.6.), blieb eine Ausnahme. Die Ablehnung der Friedensvertrags hatte in der Region keine einigende, aus der Negation hervorgehende Kraft, die etwa gar mit dem Burgfrieden vom August 1914 vergleichbar gewesen wäre.<sup>88</sup> Von einem ‚Versailles-Komplex‘ und einem generationsprägenden Trauma<sup>89</sup> kann in Neuburg und Umgebung nicht die Rede sein – andere Themen waren hier (anders als z.B. im evangelischen Franken<sup>90</sup>) wichtiger. Nicht der Weltkrieg, der Friede und deren Bewertung spaltete, sondern die durch die Revolution 1918/19 potenzierten, weit zurückreichenden milieumentalen Prägungen. Umso mehr als man, das war den Kontrahenten nur zu bewusst, um das gleiche Klientel rivalisierte: So wie die BVP neben den Bauern den gewerblichen Mittelstand der Städte umwarb (vgl. NA, Nr. 110, 12.5.1920: „Die Kaufkraft des Mittelstandes ist erschöpft“; Nr. 119, 23.5.), versuchte der in Neuburgs Umland starke Bauernbund auffällig massiv und zuletzt geradezu verzweifelt, auch in der Stadt verstärkt Fuß zu fassen; unmittelbar vor der ja gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl trat man bezeichnenderweise

<sup>88</sup> Vgl. Lorenz, „Weltgeschichte“, S. 33ff. (bes. S. 39f.), S. 99ff.

<sup>89</sup> Vgl. Krumeich, Versailles 1919, S. 63.

<sup>90</sup> Vgl. Kittel, „Weimar“.



unter der ‚Marke‘ „Bayerischer Bauernbund – Bayerische Mittelstandspartei“ (NFZ, Nr. 127, 3.6.) an.

Doch während die NFZ den Sturz der Monarchie und des alten Regimes, damit auch die Revolution ex post für „unvermeidlich“ hielt und für sich in Anspruch nahm, letztere in geordnete Bahnen gelenkt zu haben (vgl. NFZ, Nr. 107, 8.5.1920), schärfte das Neuburger Anzeigebblatt den Wählern – und ausdrücklich auch: den Wählerinnen – unmittelbar vor dem Wahltermin ein, Schuld oder Unschuld der Parteien an der Revolution zu bedenken und das Urteil darüber zum zentralen Kriterium für die Wahlentscheidung zu machen (NA, Nr. 128, 5.6.1920). Die Parole „wählt rechts“ (NA, Nr. 129, 6.6.1920) meinte dabei in diesen Kreisen – nur scheinbar paradoxerweise – die „Unitarier“ zu bekämpfen, will heißen: die ‚linken‘ Mediatisierer bayerischer Eigenständigkeit zumal in Religionsangelegenheiten. Dagegen beschwor die FNZ noch in letzter Minute (dem Erscheinungsdatum nach eigentlich zu spät) den „deutschen Michel“: „Kämpfe den Kampf des freien Mannes gegen die Unterdrücker, damit der neugeschaffene Volksstaat erhalten bleibt. Laß Dich nicht nach rechts locken. Frisch und frei vorwärts! Niemals zurück!“ (FNZ, Nr. 130, 8.6.1920)

Die Ergebnisse selbst sind bekannt.<sup>91</sup> Die BVP blieb stabil (allerdings war ihr Kandidat Merkl wegen der Wahlkreisgeometrie bei den Landtagswahlen durchgefallen), massiv aber wurde der Bauernbund von seinen ländlichen Wählern abgestraft. Im Bezirksamt erreichte der BB bei stagnierender städtischer Wählerschaft nur noch 30 Prozent und verlor damit über 11 Prozentpunkte. Einige Wähler vom Januar 1919 blieben wohl zuhause, einige wählten offenbar die USPD (die in der Stadt mit gut 10% der – halbierten – MSPD viele Wähler abnahm) (vgl. zu den Bewertungen NA, Nr. 139, 18.6.; Nr. 140, 19.6.; Nr. 144, 24.6.1920); die NFZ sprach nicht unzutreffend von einem „Sieg der Extreme“ (Nr. 132, 10.6.). Nicht >Versailles< also, sondern die maßgeblich vom politischen Katholizismus betriebene Diskreditierung der Revolution hatte einen republikanischen Konsens zwischen den beiden stärksten politischen Kräften in der Region, BVP und BB, frühzeitig zunichte gemacht. Wie sich die Kräfte der Mitte zumal im Bauernbund entwickeln würden, war aber Mitte 1920 nicht vorhersehbar. Gewiss, die „verhängnisvollen Wetterwolken“ (NFZ, Nr. 132, 10.6.1920) verdüsterten die Zukunft. Doch sie war offen.

<sup>91</sup> Vgl. Seemann, Problemlagen, S. 61; Hlawon, Strömungen, S. 139; im breiten Kontext: Bergmann, Bauernbund, S. 166-170.

### Zitierte Literatur:

- Albrecht, Dieter: Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871-1918), in: Handbuch der bayerischen Geschichte IV/1, begr. v. Max Spindler, neu hgg. v. Alois Schmid, 2., völlig neu bearb. Aufl. München 2003, S. 319-438.
- Becker, Winfried: Katholisches Milieu – Theorien und empirische Befunde, in: Kuropka, Joachim (Hg.): Grenzen des katholischen Milieus. Stabilität und Gefährdung katholischer Milieus in der Endphase der Weimarer Republik und in der NS-Zeit, Münster 2013, S. 23-64.
- Ders.: Ein bayerischer Sonderweg? Die Bayerische Volkspartei und die Republik von Weimar, in: Pyta, Wolfram/ Kretschmann, Carsten/ Ignesti, Giuseppe/ Di Maio Tiziana (Hgg.): Die Herausforderung der Diktaturen. Katholizismus in Deutschland und Italien 1918-1943/45, Tübingen 2009, S. 39-63.
- Bergmann, Hannsjörg: Der Bayerische Bauernbund und Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928 (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, hg. von der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Band 81), München 1986
- Berichte schwäbischer Regierungspräsidenten aus den Jahren 1918 und 1919, bearb. von Karl Filser und Rudolf Vogel (+) unter Mitwirkung von Gerhard Hetzer (Veröffentlichungen der schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 12: Amtliche Berichte aus dem Bayerischen Schwaben, Band 1, hg. von Karl Filser), Augsburg 2006.
- Berichte schwäbischer Regierungspräsidenten aus dem Jahr 1920, bearb. von Karl Filser und Rudolf Vogel (+) (Veröffentlichungen der schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 12: Amtliche Berichte aus dem Bayerischen Schwaben, Band 2, hg. von Karl Filser), Augsburg 2009.
- Blaschke, Olaf/ Altermatt, Urs: „Katholizismus und Antisemitismus“. Eine Kontroverse, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte – Revue Suisse d'Histoire – Rivista Storica Svizzera 50 (2000), S. 205-236.
- Braun, Oliver: Bayerischer Bauernbund (BB), 1895-1933, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44430](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44430)> (15.09.2014), [Zugriff 10.3.2015].
- Clemens, Gabriele: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983.
- Clemens, Gabriele: Rechtskatholizismus zwischen den Weltkriegen, in: Langer, Albrecht (Hg.): Katholizismus, nationale Gedanke, und Europa seit 1800, Paderborn u.a, 1983, S. 111-178.
- Direktor, Max: Geschichte der Neuburger Presse von 1918 bis 1951, in: Dietmar Grypa/ Barbara Höglmeier/ Barbara Zeitelhack (Hg.): Umbrüche. Leben in Neuburg und Umgebung 1918 bis 1948. Ausstellung des Stadtmuseums Neuburg an der Donau vom 28. März bis 5. Oktober 2008, Neuburg an der Donau 2008, S. 310-332.

- Frie, Ewald: Das Deutsche Kaiserreich (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt 2004.
- Geyer, Martin H.: Grenzüberschreitungen: Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand, in: Werber, Niels/ Kaufmann, Stefan/ Koch, Lars (Hgg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart-Weimar 2014, S. 341-384.
- Greipl, Johannes: Am Ende der Monarchie – 1890-1918, in: Brandmüller, Walter (Hg.): Handbuch der bayerischen Kirchengeschichte, Bd. 3 (in Verbindung mit Winfrid Becker): Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil, St. Ottilien 1991, S. 263-335.
- Günther, Stephanie: Katholisch, patriotisch, konservativ. Das bürgerliche Vereins- und Parteilieben von 1919 bis 1933, in: Dietmar Grypa/ Barbara Höglmeier/ Barbara Zeitelhack (Hg.): Umbrüche. Leben in Neuburg und Umgebung 1918 bis 1948. Ausstellung des Stadtmuseums Neuburg an der Donau vom 28. März bis 5. Oktober 2008, Neuburg an der Donau 2008, S. 78-94.
- Haas, Hanns: Postmeister, Wirt, Kramer, Brauer, Müller und Wundarzt. Trägerschichten und Organisationsformen des Liberalismus. Das Salzburger Beispiel vom frühen Konstitutionalismus bis zum Kulturkampf, in: Bruckmüller, Ernst/Döcker, Ulrike/Stekl, Hannes/Urbanitsch, Peter (Hgg.): Bürgertum in der Habsburgermonarchie, Wien-Köln 1990, 252-273.
- Hardtwig, Wolfgang: Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Lehnert, Detlef (Hg.): Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900-1938 (Historische Demokratieforschung. Schriften der Hugo-Preuß- und der Paul-Löbe-Stiftung Band 5), Köln-Weimar-Wien 2013, S. 227-253.
- Hauss, Hanns-Jochen: Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten. Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei, Kallmünz 1965.
- Heilbronner, Oded: Das katholisch-liberale Anti-Milieu in Süddeutschland : Achillesferse des deutschen Katholizismus (Südbaden, Südwürttemberg, bayerisch Schwaben), in: Kur-opka, Joachim (Hg.): Grenzen des katholischen Milieus: Stabilität und Gefährdung katholischer Milieus in der Endphase der Weimarer Republik und in der NS-Zeit ; Bayerischer Wald, Eichsfeld, Emsland, Ermland, Grafschaft Glatz, Münsterland, Oberpfalz, Oberschlesien, Oldenburger Münsterland, Passau, Pfalz, Rheinland-Westfalen, Südbaden / Südwürttemberg / bayerisch Schwaben, Unterfranken, Münster 2013, S. 65-128.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, München 2014.
- Hetzer, Gerhard: Bauernräte und Bauernbündler – Überlegungen zu Bayerisch-Schwaben, in: Baumann, Reinhard/ Hoser, Paul (Hgg.): Die Revolution von 1918/19 in der Provinz (Forum Suevicum. Beiträge zur Geschichte Ostschwabens und der benachbarten Regionen, Band 1), Konstanz 1996, S. 21-45.

- Hlawon, Richard: Die politische Strömungen in Neuburg/Donau in der Zeit von Kriegsende 1918-1925, ungedruckte Zulassungsarbeit Regensburg 1975; <http://neuburg.hypotheses.org/53> [Zugriff: 10.3.2015]
- Hürten, Heinz: Revolution und Zeit der Weimarer Republik, in: Handbuch der bayerischen Geschichte IV/1, begr. v. Max Spindler, neu hg. v. Alois Schmid, 2., völlig neu bearb. Aufl. München 2003, S. 440-498.
- Kiiskinen, Elena: Bayerische Mittelpartei (BMP) - Deutschnationale Volkspartei (DNVP), 1918-1932/33, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44424](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44424)> (28.02.2011), [Zugriff: 28.02.2011]
- Kittel, Manfred: Kulturkampf und „große Depression“. Zum Aufbruch der Bayerischen Nationalkonservativen in der antiliberalen Strömung der 1870er Jahre, in: Historisches Jahrbuch 118 (1998), S. 131-200.
- Ders.: „Weimar“ im evangelischen Bayern. Politische Mentalitäten und Parteiwesen 1918-1933 mit einem Ausblick auf die Zeit nach 1945, München 2001.
- Koselleck, Reinhart: „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ - zwei historische Kategorien. in: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt/Main 1989, S. 349-375.
- Krumeich, Gerd: Die Dolchstoß-Legende, in: Francois, Etienne / Schulze, Hagen: Deutsche Erinnerungsorte, Bd 1, München 2001, 585-599.
- Krumeich, Gerd: Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: Ders. (Hg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, 53-64.
- Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014.
- Lorenz, Thomas: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“. Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik, Frankfurt/M. – New York 2008.
- Müller, Tim B.: Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918, in: Mittelweg 36, H. 4/2014, S. 30-52.
- Münkler, Herfried: Der Große Krieg, Berlin 2013.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983.
- Nipperdey, Thomas: Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: Kann Geschichte objektiv sein? Historische Essays, hg. von Paul Nolte, München 2013, S. 161-207.
- Nolte, Paul: Bürgerideal, Gemeinde und Republik. "Klassischer Republikanismus" im frühen deutschen Liberalismus, in: Historische Zeitschrift 254 (1992), 609-656.
- Rauh-Kühne, Cornelia: Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918-1939, Sigmaringen 1991.

Riedelsheimer, Josef: Die Räte in Neuburg/Donau 1918/19, masch. Zulassungsarbeit Regensburg 1973; <http://neuburg.hypotheses.org/53> [Zugriff: 10.3.2015].

Sack, Birgit: Die weiblichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. Eine Kollektivbiographie, [http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM\\_05\\_98/HPM\\_05\\_98\\_1.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM_05_98/HPM_05_98_1.pdf) [Zugriff: 19.2.2015]

Schivelbusch, Wolfgang: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918, Berlin 2001.

Seemann, Markus: Innenpolitische und wirtschaftliche Problemlagen der Weimarer Zeit im Spiegel der Neuburger Geschichte der zwanziger Jahre, in: Neuburger Kollektaneenblatt 149 (2001), S. 21-62.

Welskopp, Thomas: Identität *ex negativo*. Der „deutsche Sonderweg“ als Metaerzählung der deutschen Geschichtswissenschaft der 1970er und 1980er Jahre, in: Jarausch, Konrad H./ Sabrow, Martin (Hgg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, S. 109-139.

Wolfsteiner, Alfred: Georg Heim – „Bauerngeneral“ und Genossenschaftler (kleine bayerische biografien), Regensburg 2014.

Ziemann, Benjamin: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923, Essen 1997.

Ders.: Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in den Milieukulturen der Weimarer Republik, in: Schneider, Thomas F. (Hg.): Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Krieges in Literatur, Theater, Photographie und Film, Band I: Vor dem Ersten Weltkrieg/ Der Erste Weltkrieg, Osnabrück 1999, S. 249-270.

Empfohlene Zitierweise:

Thomas Götz: „Das ist das größte Verbrechen, das die Weltgeschichte kennt.“ Neuburgs katholisches Milieu und die Revolution von 1918/19, 26.02.2015, <http://neuburg.hypotheses.org/272> [Zugriff am 17.3.2015]